



Ausschuss für Kommunalpolitik

31. Sitzung (öffentlich)

27. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2003 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2003 1**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2802, 13/3150 und 13/3250

Vorlagen 13/1630, 13/1634, 13/1733 und 13/1793

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Diskussion 1
- Sondersitzung zur Verabschiedung des GFG am 03. Dezember 2002, 14 Uhr 2

2	Tarifliche Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen (Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen – TariftG NRW)	3
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/2965 Ausschussprotokoll 13/689	
	– Diskussion	3
	– Ergebnis: <i>kein Votum</i>	4
3	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung – Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verändern	4
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/2279 Ausschussprotokoll 13/634	
	– Diskussion	4
	– Ergebnis: <i>abgesetzt</i>	4
4	Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz – LHundG NRW)	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/2387 Ausschussprotokoll 13/562	
	– Diskussion	5
	– Ergebnis: <i>kein Votum</i>	5
5	Gesetz zur Änderung des Landesabfallgesetzes	5
	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/2505	
	– Diskussion	5
	– Ergebnis: <i>verschoben</i>	6

- 6 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV Regionalisierungsgesetzes NW) 6**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706
- Ausschussprotokoll 13/637
- Diskussion 6
 - Ergebnis: *kein Votum* 6
- 7 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes 7**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2854
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *kein Votum* 7
- 8 Das Kleingartenwesen in NRW braucht Zukunft 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *verschoben* 7
- 9 Deponie-Ranking für NRW bringt Planungssicherheit 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3046
- Diskussion 7
 - Ergebnis: *kein Votum* 8

Ausschuss für Kommunalpolitik

27.11.2002

31. Sitzung (öffentlich)

rß

- 10 Betreutes selbstständiges Wohnen für Menschen mit Behinderungen ausbauen – Zuständigkeit in eine Hand 8**
- Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 13/2379
- Ausschussprotokoll 13/648
- Diskussion 8
 - Abstimmungsergebnis: *beschlossen* 9
- 11 Ehrenamt stärken – Aktive Bürgergesellschaft aufbauen 9**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/896
- Ausschussprotokoll 13/387
- Abschließende Beratung und gegebenenfalls Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- in Verbindung damit
- 12 Landesnachweis „Engagiert im Ehrenamt“ auch auf kulturelle, sportliche und andere ehrenamtliche Tätigkeitsbereiche übertragen**
- Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2492
- Diskussion 10
 - Ergebnis: *verschoben* 10
- 13 Bahnflächenpool 10**
- Bericht der Landesregierung zum Sachstand –
 - Bericht durch LMR Collinet (MSWKS) 10
 - Diskussion 11

14	Evaluierung des Modellversuchs Migrationsausschüsse durch das Landeszentrum für Zuwanderung	14
	– Bericht der Landesregierung –	
	– Bericht durch MDgt Winkel (IM)	14
15	Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG); Änderungsverordnung für das Schuljahr 2003/2004	15
	Vorlage 13/1796	
	– Abstimmungsergebnis: <i>beschlossen</i>	15
16	Verschiedenes	15
	– Ausschussreise in die USA	15
	– Ergebnis	15
	– Verkauf von Schulgebäuden?	16
	– Ergebnis	16

* * *

**2 Tarifliche Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen im Land Nordrhein-Westfalen
(Tariftreuegesetz Nordrhein-Westfalen – TariftG NRW)**Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2965

Ausschussprotokoll 13/689

Vorsitzender Jürgen Thulke leitet ein, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei mit Beschluss des Landtags vom 9. Oktober nachträglich auch zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden. Das vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hierzu durchgeführte Hearing sei inzwischen mit Ausschussprotokoll 13/689 dokumentiert.

Da der federführende Ausschuss bereits am 4. Dezember abzuschließen gedenke und auf die Voten der mitberatenden Ausschüsse warte, sollte der Ausschuss möglichst heute abschließend beraten und über die Abgabe eines Votum befinden.

Ewald Groth (GRÜNE) schlägt vor, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss zu verzichten. – **Manfred Palmen (CDU)** stimmt dem zu und kündigt für seine Fraktion im federführenden Ausschuss zwei Änderungsanträge an. Die Meinung seiner Fraktion zu dem Thema sei bereits im vergangenen Jahr im Ausschuss dargelegt worden. – **Christof Rasche (FDP)** stimmt für seine Fraktion dem Verzicht auf ein Votum zu.

Heinz Wirtz (SPD) erklärt sich für seine Fraktion ebenfalls mit dem Vorschlag einverstanden und merkt inhaltlich an, dass in der Diskussion des SPD-Arbeitskreises eine Güterabwägung zwischen einer möglichen Verteuerung von Investitionen und dem Schutz der Arbeitnehmer, dem nämlich dieses Tariftreuegesetz dienen solle, vorgenommen worden sei. Man habe sich bei dieser Abwägung zugunsten der Arbeitnehmerschaft entschieden.

In dem Zusammenhang weist der Abgeordnete darauf hin, dass etwa im ÖPNV-Bereich Arbeitnehmer auf bis zu 30 % ihres Einkommens in den nächsten zehn Jahren verzichten müssten. Diese Arbeitnehmer wollten sicherlich nicht in Kauf nehmen, dass „Billiglohnkutscher“ – wie sie im Arbeitnehmerkreis auch genannt würden – diese verringerten Einnahmen zusätzlich noch streitig machten. Deswegen habe sich seine Fraktion am Ende auch aus kommunaler Sicht für das Tariftreuegesetz entschieden. Auch die Arbeitgeber, etwa der Bochumer Oberbürgermeister, Verhandlungsführer bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst für die kommunale Seite, stehe hinter dem Tariftreuegesetz. Darin sei auch keinerlei Widerspruch zu sehen.

Christof Rasche (FDP) macht die Auffassung seiner Fraktion deutlich: Arbeitsplätze könnten nicht gegen den Markt erhalten werden, indem Vorgaben durch ein Tariftreuegesetz gemacht würden. Deswegen und aufgrund der Zunahme eines Wustes von Bürokratie in den Firmen und in den Verwaltungen habe seine Fraktion große Schwierigkeiten mit dem Tariftreuegesetz.